

**Vorlage an den Landrat****Interpellation Martin Rüegg-Schmidheiny:
Schule und Wirtschaft - ein (un-)getrübtes Verhältnis?
(2004/157)**

Am 24. Juni 2004 hat Herr Landrat Martin Rüegg eine Interpellation betreffend „Schule und Wirtschaft - ein (un-)getrübtes Verhältnis?“ mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Eine repräsentative Studie in Basel-Stadt hat gezeigt, dass viele Basler Lehrmeister die Leistungen der Schulabgänger (v.a. in Deutsch, Mathematik, Arbeitshaltung) und die Berufsberatung der Lehrpersonen kritisieren. Die Studie konnte nachweisen, dass die Meinungen teilweise auf Vorurteilen der Schule gegenüber basieren. Das Verhältnis zwischen der Schule und der Wirtschaft im Kanton Basel-Stadt scheint also ziemlich getrübt zu sein.

Obwohl der Kanton Basel-Landschaft ein anderes Schulsystem kennt, stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis Schule und Wirtschaft in unserem Kanton zueinander stehen.

Ich bitte daher den Regierungsrat höflichst, die nachfolgenden Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Gibt es im Kanton Basel-Landschaft ähnliche Studien jüngeren Datums? Wenn ja, welche?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat das Verhältnis zwischen der Schule und der Wirtschaft?
3. Bestehen ähnliche Probleme wie im Kanton Basel-Stadt?
4. Welche Schnittstellen zwischen der Schule und der Wirtschaft existieren bereits?
5. Wo sieht der Regierungsrat allenfalls Nachholbedarf und wie gedenkt er die Situation zu verbessern?

Für die Beantwortung meiner Fragen danke ich dem Regierungsrat schon jetzt recht herzlich.

Das Anliegen der Interpellation

Der Interpellant bezieht sich auf eine in Basel-Stadt durchgeführte Studie, die gezeigt habe, dass viele städtische Lehrmeister die Leistungen der SchulabgängerInnen (u.a. in Deutsch, Mathematik, Arbeitshaltung) als ungenügend erachteten. Der Interpellant weist darauf hin, dass die Studie auch aufgezeigt habe, dass die Meinungen der Lehrbetriebe teilweise auf Vorurteilen gegenüber der Schule basieren würden, woraus geschlossen werden könne, dass das Verhältnis zwischen Schule und Wirtschaft im Kanton Basel-Stadt zu wünschen übrig lasse.

Der Interpellant fragt nun, wie das Verhältnis zwischen Schule und Wirtschaft in unserem Kanton aussieht und stellt dazu einige Fragen, die im Folgenden beantwortet werden sollen.

Antwort des Regierungsrates

1. Gibt es im Kanton Basel-Landschaft ähnliche Studien jüngerer Datums? Wenn ja, welche?

1997 wurde im Kanton Baselland eine Studie durchgeführt, die das Verhältnis und das Bild der Lehrbetriebe über die Schule näher untersucht hat. In der Baselbieter Studie wurden die subjektiven Meinungen der Lehrbetriebe über die Schule erfragt. Die städtische Studie ist gegenüber den Meinungen der Betriebe kritischer, bei der Baselbieter Studie ging es um das Untersuchen von Meinungen, Vorurteilen, ohne diese Meinungen und Vorurteile genauer zu hinterfragen. Sie brachte zwar wie die baselstädtische Studie gewisse Vorurteile gegenüber Schule und Lehrpersonen ans Licht, darüber hinaus aber wenig Konkretes und Brauchbares, das an den Schulen hätte umgesetzt werden können.

1999 hat die Erziehungsdirektion das damalige Schulinspektorat und das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung beauftragt, eine flächendeckende Orientierungsarbeit in den ersten Klassen der Berufsschulen durchzuführen. Das Ergebnis war erfreulich: Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler, die wenigstens die letzten zwei Jahre ihrer Volksschulzeit an einer Baselbieter Schule absolviert hatten, haben gute Leistungen erbracht. Solche Orientierungsarbeiten sind aufgrund der positiven Erfahrun-

gen mittlerweile in den Sekundarschulen für alle Niveaus wie auch an den Gymnasien eingeführt worden.

2. Wie beurteilt der Regierungsrat das Verhältnis zwischen Schule und der Wirtschaft?

Die Sammelbegriffe „Wirtschaft“ und „Schule“ sind in diesem Zusammenhang untauglich. Es gibt wohl Meinungen bzw. (Vor-) Urteile einzelner Exponenten der Wirtschaft über die Schule und einzelner Exponenten der Schule über die Wirtschaft. Die gegenseitige Wahrnehmung ist jedoch geprägt von einzelnen (guten und/oder) schlechten Erfahrungen mit der Gegenseite.

Gerne erwähnt der Regierungsrat, dass zur Erleichterung der Kontakte zwischen Schule und Wirtschaft Gesprächsmöglichkeiten und Foren geschaffen worden sind. Beispiele dafür wären die Berufsschau, die Berufsschnuppertour, Fortbildungsveranstaltungen der BKSD und der Wirtschaftskammer, Feierabendgespräche der Fachstelle Erwachsenenbildung etc.

3. Bestehen ähnliche Klagen wie im Kanton Basel-Stadt?

Dem Amt für Volksschulen wie auch dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung sind keine einschlägigen Klagen bekannt. Natürlich hört man immer wieder, die Jugendlichen, die aus der Schule kommen, könnten weniger als früher. Interessant ist, dass wie schon vor 20 oder 30 Jahren immer und immer wieder Klagen aufkommen, die Jugendlichen seien heute weniger leistungsfähig, weniger leistungsbereit als früher. Nur: Diese Meinung und diese Haltung existiert vermutlich seit und solange es Schule gibt.

Vielleicht muss man auch darauf hinweisen, dass die Schullandschaft in der Region sehr heterogen und dauernd in Bewegung ist. (Neues Bildungsgesetz in BL!) Es ist für die Öffentlichkeit und die Wirtschaft unter Umständen schwierig, den Überblick zu behalten. Aus diesem Grund muss die Information in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft über Änderungen im Schulbereich allenfalls verstärkt werden.

Gerne erwähnen wir, dass Baselbieter Jugendliche in der Wirtschaft und damit bei der Lehrstellensuche gerne gesehen sind, und ihr Können - auch im Vergleich zu Schulabgängerinnen und Schulabgängern anderer Kantone - gelobt wird.

4. Welche Schnittstellen zwischen der Schule und der Wirtschaft existieren bereits?

Zwischen Amt für Volksschulen, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung und der Wirtschaft bestehen intensive Kontakte. Hier sei z.B. erwähnt, dass das Amt für Volksschulen gemeinsam mit der Wirtschaft die Berufsschnuppertour organisiert, dass Kanton, Schule und Wirtschaft bei der Berufsschau eng zusammenarbeiten, dass das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung gemeinsam mit der Wirtschaft die Umsetzung der Lehrstellenbeschlüsse des Bundes wie auch die Einführung des neuen Berufsbildungsgesetzes an die Hand nimmt. Es darf gesagt werden, dass andere Kantone uns um diese Zusammenarbeit beneiden, und an dieser Stelle darf auch der Wirtschaft und den entsprechenden Verbänden für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gedankt werden.

Sehr wichtig sind auch die Kontakte auf kommunaler und regionaler Ebene zwischen Sekundarschulen und Firmen. Es bestehen auf kommunaler Ebene eigentliche Netzwerke zwischen Einzelschulen und Firmen.

5. Wo sieht der Regierungsrat allenfalls Nachholbedarf und wie gedenkt er die Situation zu verbessern?

Zur Zeit werden in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden - und teilweise auch mit dem Kanton Basel-Stadt - diverse Instrumente und Unterstützungsangebote für die Schulen neu konzipiert oder überarbeitet:

- neuer Lehrplan für die Sekundarschule mit besonderer Berücksichtigung des Schwerpunktes Berufswahlvorbereitung
- Auftrag an die Schulen zur permanenten Optimierung in ihrem Schulprogramm, die Laufbahnberatung und Berufswahlvorbereitung neu zu konzipieren und auszuweisen
- neu eingeführtes Konzept der Unterstützungsleistungen des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung im Bereich Berufswahlvorbereitung
- neue Instrumente wie Berufswahlagenda und Portfolio
- das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung ist daran, einen Leitfaden zur Selektion von Jugendlichen für eine Lehrstelle zu entwickeln

Bei der Fülle dieser Aktivitäten sieht der Regierungsrat wenig Handlungsbedarf. Wie schon erwähnt, müsste allenfalls die Information der Lehrbetriebe über Neuerungen im Schulbereich intensiviert werden.

Liestal, 13. Oktober 2004

Im Namen des Regierungsrates
der Präsident: Ballmer
der Landschreiber: Mundschin